

Karl-Heinz Reuband

Die Friedensbewegung vor und nach den »Aktionswochen« im Herbst 1983

Eine empirische Untersuchung zum Meinungswandel der Bevölkerung

1. Protest, Protestbewegungen und gesellschaftliche Reaktion

Protestbewegungen, die sich außerhalb und quer zu dem etablierten Parteienspektrum bilden, stoßen notgedrungen auf den Widerstand der Parteien sowie staatlicher und nichtstaatlicher Instanzen. Dieser Widerstand ist gewöhnlich um so ausgeprägter, je größer der Stellenwert der jeweiligen Thematik für staatliches Handeln ist, je unmittelbarer die Entscheidung ansteht, gegen die sich der Protest richtet, und je massiver die Einflußchance der Bewegung wahrgenommen wird. Greift die Protestbewegung zudem zu Aktionen, die außerhalb des parlamentarischen Raumes angesiedelt sind und Formen zivilen Ungehorsams als Möglichkeit einschließen, so stellt sich öffentlich schnell der Vorwurf des Antiparlamentarismus, gar der Staatsfeindschaft ein. Doch die Vorstellung, Protest gegen eine Mehrheitsentscheidung des Parlaments wäre bereits ein antiparlamentarischer, undemokratischer Akt, findet wohl nur dort Gehör, wo in den eher abstrakten Kategorien staatsrechtlicher Philosophie gedacht wird. Dies gilt auch für die auf zivilen Ungehorsam gerichtete Aussage, Mißachtung des Rechts sei Mißachtung der Demokratie. Es gebe »hier und heute keine höhere Legitimität als die Legalität«¹. Für die Mehrheit der Bevölkerung zählen eher *konkrete* Aspekte, die weniger etwas mit juristischen und staatsrechtlichen Konstruktionen als den eigenen Anschauungen zu tun haben. Für sie ist be-

deutsam, welche Ziele von der Bewegung vertreten werden, welche Gruppen hinter dem Protest stehen und welche Aktionsformen gewählt werden.

Die Identifikation mit erklärten Zielen der Bewegung ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für Sympathie oder Unterstützung. Die Identifikation mit den Zielen konstituiert allenfalls ein Rekrutierungspotential. Es wird um so breiter ausfallen, je mehr Personen an der Realisierung des Zieles interessiert sind. Ob man aber die Bewegung billigt oder sich ihr anschließt, wird mit den Vorstellungen über die sonstigen Neben- oder »eigentlichen« Ziele der Bewegung zusammenhängen. Man wird sie aus den gelegentlichen Äußerungen von Mitgliedern dieser Bewegung erschließen oder sich an den Gruppen orientieren, welche die Bewegung prägen. Je seriöser die unterstellte Motivlage, desto akzeptabler und attraktiver ist die Bewegung für ihre Sympathisanten. Desto weniger werden auch unter den Gegnern in der Kontroverse Ausgrenzungsstrategien möglich.

Gemeinsamkeiten in der Zielorientierung schließen Gemeinsamkeiten in der Mittellorientierung nicht notwendigerweise ein. Welche Aktionsformen die Bewegung wählt, wird — vor dem Hintergrund der zuerkannten Legitimität verschiedener Protestformen² — zusätzlich über ihre Beurteilung entscheiden. Bewegungen, welche überwiegend nicht gebilligte Protestformen wählen, laufen Gefahr, sich in der Bevölkerung und unter ihren Sympathisan-

ten zu isolieren. Allerdings gilt auch: sobald bei mißbilligten Protestformen die erwarteten, den Demonstrationsteilnehmern zugeschriebenen Negativfolgen ausbleiben, ist eine Neubewertung der Aktionsform möglich. Wo Blockaden mit Auseinandersetzungen und Gewalt assoziiert sind und sich ein derartiger Verlauf nicht einstellt, kann sich langfristig eine veränderte, positivere Beurteilung einstellen.

2. Reaktionen auf Nachrüstungspiegel: die öffentliche Konstruktion von Bedrohungsphantasien

Als sich die Friedensbewegung in Reaktion auf den Nato-Doppelbeschuß vom Dezember 1979 in der Bundesrepublik entwickelte, da geschah das gegen den sicherheitspolitischen Konsens und die Kritik aller im Bundestag vertretenen Parteien. Und als im Herbst 1981 es dann zur ersten Großdemonstration in Bonn kam, da wuchsen die Mahnungen an und die Warnungen vor der neu entstandenen Bewegung schnell an. Rigorose Ausgrenzungsversuche wurden schließlich gegenüber all jenen unternommen, die von dem sicherheitspolitischen Konsens abzuweichen begannen — selbst die SPD drohte ihren Mitgliedern bei Teilnahme den Ausschluß an. An dem Aufwärtstrend der Friedensbewegung änderte dies nichts: Die Basis der Nachrüstungsgegner und der Friedensbewegung wurde langfristig sogar breiter³.

In dem Maße, wie der Herbst 1983 und damit die Entscheidung über die Stationierung näherrückte, intensivierte sich der Konflikt: während auf seiten der Friedensbewegung die Mobilisierung weiter vorangetrieben wurde und die Planung von Protest konkretere Formen annahm, steigerte sich auch in den offiziellen staatlichen Verlautbarungen und den verschiedenen Medien das Bemühen, die Bewegung zu diskreditieren und zu isolieren. Je näher der vermeintliche »heiße« Herbst heranrückte, desto stärker und emotionaler wurde die Kritik: sie reichte vom pauschalen und diffamatori-

schen Vorwurf der Staatsfeindschaft bis hin zu Irrationalismus und Hysterie⁴.

Wohl am häufigsten ist die Beschwörung spezifischer Gefahren, die aus der Zusammensetzung der Bewegung resultieren: kommunistische Drahtzieher und Gewalttäter hätten die Bewegung im Griff; sie würden diese nach ihrem eigenen Gutdünken umfunktionieren.

Daß die Friedensbewegung die Interessen der Kommunisten vertrete, weil sie sich gegen die westliche Nachrüstung wehre, gehört zum traditionellen Arsenal konservativer Argumentation. Es ist ein Argument, das sich vor allem immer dann anbietet, wenn es um westliche Rüstung geht und diese offiziell als Wiederherstellung eines verlorengegangenen Gleichgewichts hingestellt wird. Durch deren Ablehnung würde man einseitig den Westen schwächen und den Osten stärken, heißt es. Man würde objektiv zu »Vertretern sowjetischer Interessen«⁵. Beteiligen sich gar Kommunisten an dem Protest gegen die Rüstung, so gewinnt dieses Argument an Dramatik: die bloße kommunistische Beteiligung wird nun zum Beweis der *subjektiven* kommunistischen Interessenvertretung deklariert. Und aus der bloßen kommunistischen Beteiligung wird in der Rhetorik bald eine Drahtzieherschaft der Kommunisten. Bereits einer Zusammenarbeit mit Kommunisten aber steht die Bevölkerung reserviert, wenn nicht sogar ablehnend gegenüber — die Folgen müssen für die Bewegung negativ zu Buche schlagen⁶. Kein Wunder, daß dieses Argument in der öffentlichen Auseinandersetzung so gerne hervorgeholt wird, wenn es um die Eindämmung von Protestbewegungen geht.

War die Thematik kommunistischer Umtriebe in der Friedensbewegung schon immer ein geläufiges Argument ihrer Kritiker, so erfuhr es kurz vor den geplanten Herbstaktionen 1983 von offizieller Seite nochmals eine Intensivierung. Als sich immer mehr abzeichnete, daß die erwarteten Gewalttätigkeiten ausbleiben würden, steigerte sich die Beschwörung der

kommunistischen »Unterwanderung« — aus dem bloßen Hinweis auf kommunistische Teilnahme wurde schließlich die Warnung vor einer kommunistischen Drahtzieherschaft. Im August heißt es etwa aus dem Bundesinnenministerium, die Nichtkommunisten in der Friedensbewegung sollten »endlich die einzig demokratische und moralische Konsequenz« ziehen und die »Zusammenarbeit mit den Feinden der Demokratie und der Freiheit« einstellen. Sie sollten »die sogenannte Friedensbewegung von Kommunisten befreien« oder andernfalls die sogenannte Friedensbewegung verlassen⁷. Im September — nach Abschluß der ersten Protestaktionen und dem Ausbleiben erwarteter Gewalttätigkeiten — heißt es, die politische Bedeutung des DKP-Einflusses werde vom Innenministerium höher veranschlagt als die mögliche Gefahr unfriedlicher Aktionen. Der DKP sei es gelungen, treibende Kraft innerhalb der Bewegung zu werden. Die Gewalttäter seien nicht nur zahlenmäßig schwach vertreten, sie könnten überdies nicht mit einer Solidarisierung der Anhängerschaft der Friedensbewegung rechnen⁸.

Kurz vor Beginn der eigentlichen Protestaktionen im Oktober erreicht die Kampagne gegen die Friedensbewegung ihren Höhepunkt: es kommt zum bislang massivsten Versuch, ihr Bild in der Öffentlichkeit nachhaltig zu diskreditieren. In einer Faltblattaktion von über 200 000 Exemplaren und einer in den Medien weithin rezipierten Feststellung des Innenministeriums wird die kommunistische Teilnahme an der Friedensbewegung zu einer konspirativen Lenkung der Friedensbewegung durch den Osten hochstilisiert. »Bild am Sonntag« spricht in diesem Zusammenhang von »sensationellen Feststellungen unserer Sicherheitsbehörden« wenige Tage vor dem »heißen Herbst«, von »erschreckenden Einzelheiten über Moskaus gewaltigen Einfluß auf die Anti-NATO-Aktionen«. Die Kommunisten wären zu den eigentlichen Drahtziehern geworden: sie hielten die Friedensbewegung im »Würgegriff«. Die Mitglieder der Friedensbewegung würden

»wie Kasperles an Moskaus Marionettenstrippen zappeln«. Aus dem Organisationsschema des Innenministeriums gehe »eindeutig hervor, daß das Zentralkomitee der sowjetischen Kommunisten ... die Fäden zieht bis hinunter zur 'kleinsten Einheit', die dann als Moskaus Hilfstuppe die US-Kasernen blockiert!«⁹

Repräsentieren Kommunisten in der Wahrnehmung der Bevölkerung das eine Spektrum nichtseriöser Einflußnahme, so bilden Gewalttäter und Chaoten das andere. Während es in der üblichen Alltagsdeutung den Kommunisten letztlich um die Schwächung des Westens geht — auch mit friedlichen Mitteln —, steht für die Gewalttäter und Chaoten Unruhe und Unordnung im Vordergrund. Die Übergänge zwischen beiden Gruppen dürften für viele Bürger allerdings fließend sein — in den Medien ist nicht selten die Rede von »linksradikalen Chaoten«; die ideologischen Feinheiten zwischen orthodoxen und nichtorthodoxen Marxisten werden in der Bevölkerung wohl kaum gesehen und keine entsprechenden Unterschiede getroffen. Ob jemand Kommunisten oder Gewalttäter als einflußreiche Gruppe bezeichnet, mag mitunter nur eine geringfügig andere Akzentuierung, keine grundlegend andere Wahrnehmung bedeuten.

Demonstrationen und Akte zivilen Ungehorsams haben in der Bevölkerung an sich schon in gewissem Umfang den Charakter des Anrüchigen. Zwar billigt man mehrheitlich das Recht auf Demonstrationen, doch zugleich auch harte Reaktionen in Situationen, die das Bedürfnis nach Ruhe und Ordnung zu erschüttern drohen¹⁰. Mitbedingt durch die Tendenz der Medien, über gewalttätige Demonstrationen überproportional häufig zu berichten, ist der Gedanke an Demonstrationen eng mit der Assoziation »Gewaltakte« verbunden und ruft ein entsprechend ambivalentes Gefühl hervor¹¹. Daß es bei Aktionen der Friedensbewegung gegen die Nachrüstung zu Gewalt und Unruhe kommen würde, ist so denn nicht nur ein Gefühl in der Bevölkerung, das aus der Be-

wertung von Demonstration per se erwächst. Es ist ein Gefühl, das zudem sowohl durch einzelne Ereignisse — wie die Krawalle in Krefeld (Juni 1983) — als auch durch entsprechende Verlautbarungen staatlicher Stellen im Sommer und Herbst 1983 eine besondere Akzentuierung erfährt.

Den ganzen Juli und Anfang August hindurch durchzieht die Medien die Auseinandersetzung um die Krefelder Krawalle und die — damit zum Teil in Verbindung gebrachte — Verabschiedung des neuen Demonstrationsrechts. Krefeld sei kein Einzelfall, heißt es etwa in den offiziellen Verlautbarungen von Politikern, der Herbst könne noch schlimmer werden. Das Beste sei es, sich von den Aktionen der Bewegung gänzlich fernzuhalten. In manchen Zeitungen wird Protest gegen die Nachrüstung untrennbar mit Gewalt verbunden, für manchen Politiker ist die Teilnahme am Protest der fast schon vorprogrammierte Weg in den Terrorismus. Da ist die Rede davon, daß »Friedensdemonstranten und Pflasterkrieger« eine »taktische Einheit« bilden, die »Hypochondrie« der Friedensbewegung »ganze Straßen füllt und Steine wirft« und ein ähnlicher Rigorismus und Aktionismus Ende der 60er Jahre am Beginn des Terrorismus durch die »Rote Armee Fraktion« gestanden habe¹².

3. Die Friedensbewegung im Urteil der Bevölkerung: Prozesse langfristigen Wandels

Stereotype über kommunistische Drahtzieherschaft und Erwartungen, daß Gewalttäter und Chaoten die Friedensbewegung entscheidend bestimmen, müssen nicht notwendigerweise in der Bevölkerung auf Zustimmung stoßen. Sie können sich zudem — unter dem Einfluß aktueller Ereignisse — verändern und an Bedeutung verlieren. In welchem Ausmaß dies zutrifft, ist eine empirische Frage. Sie ist nur mittels repräsentativer Umfrageforschung für die Bundesrepublik zu beantworten. Die früheste Umfrage mit entsprechenden Informationen

stammt vom Herbst 1981 und wurde kurz vor der Bonner Großdemonstration, dem ersten überregional deutlich sichtbaren Zeichen öffentlichen Nachrüstungsprotests, gemacht: »In der Bundesrepublik und in einigen anderen Ländern hat sich ja in letzter Zeit eine 'Friedensbewegung' gebildet. Was glauben Sie, von wem diese Friedensbewegung ausgeht?« Rund 20% nannten auf diese (offene) Frage — vor der Bonner Großdemonstration — spontan eine kommunistische Drahtzieherschaft (Rußland, Kreml, Kommunisten, linke Gruppen). Kurz nach der Demonstration lag der Prozentsatz weiterhin um diesen Wert. Eine kurzfristige Veränderung scheint sich in nennenswertem Umfang nicht ergeben zu haben¹³.

Ein halbes Jahr später (März/April 1982) scheint der Anteil, der eine kommunistische Drahtzieherschaft zu erkennen glaubt, dann jedoch leicht gesunken. Ob dies als langfristige Folge des Protests vom Herbst 1981 zu deuten ist oder andere Ursachen hat, sei dahingestellt. Daß die Friedensbewegung »im wesentlichen kommunistisch gelenkt« sei, meinten (nun im Rahmen einer geschlossenen Frage) jedenfalls nur noch 15%¹⁴. Eineinhalb Jahre später, im August/September 1983, sind auf eine entsprechende Frage schließlich 10% der Meinung, Kommunisten hätten in der Friedensbewegung den »größten Einfluß« (vgl. *Tabelle 1: Total*). Daß sich der Anteil der Meinungslosen gegenüber den beiden vorherigen Umfragen halbiert hat — dort waren es 30%, hier 15% —, mag neben methodischen¹⁵ Ursachen inhaltliche Gründe haben: die Friedensbewegung steht inzwischen so sehr im öffentlichen Interesse, daß sich fast jeder darüber eine gewisse Meinung gebildet hat. Würde man sich nur auf die Personen beziehen, die eine Angabe trafen (und setzt diese gleich 100%), so wäre das Schwinden wahrgenommener kommunistischer Dominanz noch markanter: der Anteil würde von 29% auf 11% schrumpfen.

Fragen, die nicht identisch formuliert sind, bergen gerade für Trendvergleiche erhebliche Probleme in sich. Wenn sich ein Wandel abbil-

det, weiß man nicht, ob dieser eher methodisch oder substantieller Art ist. Insofern ist der beschriebene Trend über die Wahrnehmung kommunistischer Drahtzieher, der mit *unterschiedlicher* Fragemethodologie gewonnen wurde, mit Vorsicht zu interpretieren. Daß der Trend wahrscheinlich aber reale Veränderungen andeutet, das zeigt eine Studie des »Sinus-Instituts« mit identischer Methodologie: die Vorstellung, die Kommunisten würden letztlich die Richtung der Friedensbewegung bestimmen, lehnten zwischen Herbst 1981 und Herbst 1983 immer mehr Menschen ab. Die Beschwörung kommunistischer Dominanz findet immer weniger Gehör¹⁶. Welche Veränderungen sich in der Wahrnehmung von Gewalttätern im gleichen Zeitraum vollzogen haben, wissen wir dagegen mangels entsprechender Daten nicht¹⁷.

4. Die Aktionen der Friedensbewegung im Herbst 1983: Ereignisse und Konsequenzen für ihr Image in der Bevölkerung

Begonnen hatten die Aktionswochen der Friedensbewegung im Herbst 1983 mit einer Auftaktveranstaltung am 1. September: einer drei Tage dauernden Blockade der Raketenstandorte Mutlangen und Bitburg. Wenn auch die Medien nur über einen Teil der daran teilnehmenden Prominenten berichtete, wurde doch das zentrale Anliegen deutlich: daß derartige Formen zivilen Ungehorsams selbst von respektierten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens — wie Heinrich Böll — mitgetragen werden und derartige Aktionen friedlich verlaufen können, ziviler Ungehorsam nicht notwendigerweise mit Gewalt einhergehen muß¹⁸. Eine vergleichbare Chance, wie die späteren Aktionen in der Medienberichterstattung in den Vordergrund zu rücken, hatten diese Blockaden nicht: sie wurden von Anfang an durch den Abschluß des koreanischen Verkehrsflugzeuges durch die Sowjets am 1. September 1983 überschattet. Dieses Ereignis verdrängte die Be-

richterstattung über die Nachrüstungsgegner auf den zweiten Platz. Der Abschluß des Flugzeuges blieb über mehrere Tage hinweg das Hauptthema.

Die Herbstaktionen im Oktober standen, an alternativen, spektakulären Ereignissen gemessen, unter etwas besseren Ausgangsbedingungen. Auch in der lokalen Betroffenheit war die Situation verschieden: Waren die Blockaden Anfang September regional konzentrierte Ereignisse mit hoher überregionaler Sichtbarkeit, so handelte es sich bei den eigentlichen Aktionen während der Aktionswoche vom 15. – 22. Oktober um regional breit gestreute Ereignisse mit hoher lokaler und überlokaler Sichtbarkeit. Mit einer Vielzahl von Aktionen dokumentierten Bürger an verschiedenen Orten die Ablehnung der geplanten Stationierung. In der Abschlußphase — am 22. Oktober — erreichte der Protest schließlich mit einer Teilnehmerzahl von rund 1,3 Millionen Menschen seinen Höhepunkt — die größte Demonstration in der Geschichte der Bundesrepublik. Beeindruckend für viele, einschließlich der Medien, wurde die 108 km lange Menschenkette zwischen Stuttgart und Neu-Ulm. Sie machte die gemeinsame Anstrengung zu koordiniertem *und* friedlichem Protest sinnfällig. Die Prophezie eines »heißen« Herbstes zerbrach: wider alle Befürchtungen und trotz der großen Demonstrantenzahl verlief die Aktionswoche friedlich.

Was sind nun die Auswirkungen dieser Aktionen auf das Image der Friedensbewegung?

Um dies zu untersuchen, greifen wir auf zwei Umfragen vom 25. August bis 8. September und vom 24. November bis 5. Dezember 1983 zurück. Es handelt sich um eine eigene Umfrage, durchgeführt vom »Emnid-Institut«, und eine partielle Replikation im Rahmen einer Emnid-Eigenerhebung¹⁹. Die erste Umfrage untergliedern wir in die Zeit vor und nach dem 2. September — also vor und nach Beginn der Blockaden in Mutlangen und Bitburg. Wir wählen den 2. September als Einschnitt, weil

die Berichterstattung über die Aktionen entweder am 1. September erst abends in den Fernsehnachrichten oder am folgenden Tage in den Tageszeitungen einsetzte — die meisten Befragten wohl frühestens an diesem Tage davon Kenntnis nehmen konnten. Nicht die Aktion, sondern die Chance, davon in den Medien zu erfahren, bildet für uns das Kriterium.

Die zweite Erhebung umfaßt die Zeit nach Abschluß der Herbsdemonstrationen, der Parlamentsdebatte über die Nachrüstung und die beginnende Stationierung. Somit stehen uns insgesamt drei Zeitpunkte zur Verfügung, die jeweils unterschiedliche Phasen der Aktionswochen umfassen. Sie erlauben Aussagen über eher kurzfristige Auswirkungen des Protests, die möglichen längerfristigen bleiben unberührt.

Wie man *Tabelle 1* (Rubrik »Total«) entnehmen kann, werden zu allen drei Zeitpunkten Gewalttäter und Kommunisten — entgegen der offiziellen Stereotype — nur von einer Minderheit der Bevölkerung als einflußreiche Gruppe in der Friedensbewegung wahrgenommen. Die Mehrheit von über 60% sieht besorgte Bürger als bedeutsamer an, die gegen die Stationierung neuer Raketen oder darüberhinaus auch allgemein gegen zuviel Rüstung eingestellt sind. Zu allen drei Zeitpunkten sind es jeweils etwas mehr Personen, die Gewalttäter und Kommunisten als prägende Gruppe vermuten. Die Prognosen über einen gewalttätigen Herbst, die hochgespielten Krefelder Krawalle²⁰ und die allgemeinen Vermutungen über Gewalttaten bei Demonstrationen mögen diese besondere Akzentuierung bewirkt haben.

Tabelle 1: Image der Friedensbewegung nach Einstellung zur Nachrüstung und Zeitpunkt der Erhebung (in Prozent)

	Einstellung zur Nachrüstung						Bevölkerung		
	Dafür			Dagegen			Total		
	1	2	3	1	2	3	1	2	3
Kommunisten, welche die Verteidigungsfähigkeit des Westens schwächen wollen	38	32	28	4	5	3	10	10	10
Gewalttäter, denen es vor allem um Krawall und Chaos geht	31	30	27	11	10	3	16	15	12
Besorgte Bürger, welche die Bundesrepublik durch neue Atomraketen bedroht sehen	11	14	13	38	34	45	30	27	31
Menschen, die nicht nur gegen neue Raketen sind, sondern darüber hinaus die Rüstung allgemein abbauen wollen	19	21	28	37	43	39	30	34	32
Habe noch nichts von der Friedensbewegung gehört	*	—	—	1	*	2	1	1	2
Weiß nicht	1	2	3	8	5	6	12	10	10
Keine Angabe	—	1	1	2	3	2	2	3	3
	100	100	100	100	100	100	100	100	100
N =	188	151	277	748	602	573	1109	925	1002

* = Unter 0,5%

Frageformulierungen: »Die Veranstaltungen und Demonstrationen gegen die Aufstellung der neuen Raketen bei uns werden im wesentlichen von der Friedensbewegung getragen. Darüber, wer diese Friedensbewegung entscheidend prägt und den größten Einfluß hat, gehen die Meinungen auseinander. Ich habe hier verschiedene öfters gehörte Ansichten. Sagen Sie bitte, welche davon Ihrer Meinung nach am ehesten zutrifft.« In der ersten Erhebungsphase vom 25. 8. – 8. 9. 83 wurden die Antworten auf Karten vorgegeben, in der zweiten vom 24. 11. – 5. 12. 83 auf einer Liste. Die Einstellung zur Nachrüstung (hier und in Tab. 3) als Gruppierungsmerkmal aufgeführt, wurde nach dem Hinweis auf die Genfer Verhandlungen erfaßt durch die Frage: »Wenn die Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion erfolglos bleiben, sollen demnächst auch bei uns in der Bundesrepublik Deutschland neue Atomraketen aufgestellt werden. Sind Sie für oder gegen diese Aufstellung neuer Raketen?« Personen, die sich als unentschieden oder gleichgültig deklarierten, wurden mit einer Nachfrage konfrontiert: »Nehmen wir einmal an, Sie müßten sich entscheiden. Sind Sie dann insgesamt eher für oder sind Sie gegen die Aufstellung neuer Raketen?« Personen, die sich hier für oder gegen die Raketen entschieden, wurden mit den entsprechenden Befragten der Vorfrage zusammengefaßt. Personen, die sich selbst bei Nachfrage nicht entscheiden konnten, sind in den Tabellen nicht mit aufgenommen; sie sind lediglich als Bestandteil der Gesamtstichprobe (»Bevölkerung Total«) mit aufgeführt.

Erhebungszeit: (1) zwischen 25. 8. und 1. 9. 83, (2) zwischen 2. 9. und 8. 9. 83, (3) zwischen 24. 11. und 5. 12. 83. Die Tabellen 1 – 3 beruhen (einschließlich der angegebenen Fallzahlen) auf dem vom Umfrageinstitut gewichteten Datensatz — gewichtet, um differentielle Ausfälle nach sozialen Merkmalen, Parteirecall auszugleichen und die Haushaltsstichprobe in eine Personenstichprobe zu überführen.

Auffällig ist nun, daß die Nennung von Kommunisten über die Zeit der Aktionen hinweg konstant bleibt. Der Rückgang ist hier — wie die zuvor referierten Daten belegten — in der *Gesamtbevölkerung* offenbar bereits früher eingetreten. Was sich dafür — wenn auch nur leicht — verändert, ist die Nennung von Gewalttättern. Ihr Anteil sinkt langfristig von 16% auf 12%. Vor allem nimmt er in jener Altersgruppe ab, die noch im August/September am häufigsten Gewalttäter am Werk wähnten (die 30- bis 49jährigen): von 22% auf 9%. Der Widerspruch zwischen Erwartung und Realität ist durch die zwischenzeitlichen Ereignisse offensichtlich zu groß geworden, als daß man an der Realitätsdefinition noch festhalten konnte.

Untergliedert man in Befürworter und Gegner der Nachrüstung, so zeigt sich in *beiden* Gruppen eine Aufwertung der Friedensbewegung: daß es Kommunisten oder Gewalttäter sind, welche den größten Einfluß haben, glauben im August 69%, September 62% der Nachrüstungsbeefürworter, im November/Dezember 55%. Unter den Nachrüstungsgegnern ist der — ohnehin schon geringe — Wert von 15% auf 6% gesunken. Unter ihnen geht dieser Wandel vor allem auf eine sinkende Nennung von Ge-

walttätern zurück, unter den Befürwortern betrifft er daneben noch die Kommunisten.

Die Breite, Größe und Vielfalt der Bewegung, wie sie sich in den Herbstaktionen ausdrückte, mag bei ihnen entscheidende Zweifel geweckt haben: wie sollen Kommunisten, die — auch nach offiziellen Verlautbarungen — einen kleinen Teil ausmachen, eine derart breite Bewegung steuern? Wie sollen Kommunisten derart einflußreich sein, wenn das Bild des Protests so sehr durch andere politische Gruppen mitbestimmt wird — nicht zuletzt von führenden SPD-Politikern? Das Auftreten Willy Brandts als offizieller Redner auf der Bonner Großveranstaltung mag das ohnehin schon brüchig gewordene Klischee kommunistischer Prägung in dieser Gruppe ebenso erschüttert haben wie die Tatsache, daß der DGB seine Distanz zur Friedensbewegung zwischenzeitlich reduziert hatte.

Was für Gruppen sind es nun, welche im Urteil der Befragten die Friedensbewegung prägen und denen man eine *seriöse* Motivation zuschreibt (gleich, wie auch immer man sie im einzelnen bewerten mag²¹)? Sind es lediglich Personen, die gegen die Nachrüstung eingestellt sind, oder Personen, deren Gegnerschaft

umfassender ist — Personen, die eine *allgemeine* Abrüstung erstreben? In der Wahrnehmung der Befragten halten sich beide Gruppen in etwa die Waage. Und auch, wenn man nach der Einstellung zur Nachrüstung unterscheidet, ändert sich daran nichts Wesentliches. Auffallend ist allenfalls die etwas größere Tendenz der Nachrüstungsbeefürworter, in der Friedensbewegung eine umfassende Rüstungsgegnerschaft zu vermuten. Diese Tendenz wird im Laufe der Aktionswochen noch weiter verstärkt, während unter den Nachrüstungsgegnern langfristig die Wahrnehmung spezifischer Protestmotivation zunimmt. Mag sein, daß dies in ihrem Falle Folge einer differenzierteren Beurteilung im Gefolge der Aktionswochen ist: sie werden deutlicher als zuvor der *heterogenen* Zusammensetzung der Friedensbewegung gewahr und der single-issue-Orientierung, die alle eint²².

Unter den Befürwortern der Nachrüstung schlägt sich eine Akzentverschiebung auf der Bewertungsebene, nicht der Wahrnehmungsebene nieder. Die Nennung negativer Gruppen (Kommunisten, Gewalttäter) geht zurück, positivere Klassifikationen treten in den Vordergrund. Doch diese sind immer noch häufiger als bei den Nachrüstungsgegnern *pauschal* gehalten: man sieht bei der Friedensbewegung den Protest umfassender angelegt als es die verbalisierte Zielsetzung nahelegt. Vielleicht kommt hier die stereotype Kennzeichnung unter Politikern wie Medien des Nachrüstungsprotests als Anti-Nato-Protest mit ins Spiel: danach ist Nachrüstungsgegnerschaft nur ein Symptom für eine tieferliegende und breitere Ablehnung des westlichen Verteidigungsbündnisses und seines Prinzips der Abschreckung²³. Wenn diese Annahme über veränderte Kategorisierung zutreffen sollte, dann könnte dies bedeuten: der »Umstieg« von einer negativen zur positiven Globalbeurteilung verläuft zunächst über pauschale Kategorisierungen. Erst mit zunehmender Einsicht in die Bewegung werden differenziertere Beurteilungen möglich. Solange die Friedensbewegung auf die Nachrüstung

fixiert ist —, die gewissermaßen den kleinsten gemeinsamen Nenner bildet —, enthält eine differenzierte Beurteilung die Wahrnehmung spezifischen Protests.

5. Billigung von Protest vor und nach den Herbstaktionen

Das Ausbleiben der erwarteten Gewalttätigkeiten während der Aktionswochen braucht nicht nur dem Image der Bewegung, sondern kann auch dem Protest selbst zugute gekommen sein. Er mag in zunehmendem Maße gebilligt werden und die eigene Bereitschaft zu Aktionen gesteigert haben. Daß breite Mehrheiten *spezifische* Demonstrationen — trotz ihrer Ambivalenz gegenüber Demonstrationen an sich — im Falle des Nachrüstungsprotests akzeptieren, hatte sich bereits anlässlich der ersten Großdemonstration im Herbst 1981 gezeigt. Kurz danach fragte das »Emnid-Institut« einen repräsentativen Querschnitt der Bundesbevölkerung: »Am 10. Oktober gab es ja eine große Friedensdemonstration in Bonn. Finden Sie es gut, daß diese Friedensdemonstration abgehalten wurde — oder finden Sie es nicht gut?« 65% antworteten damals mit »gut« und 32% mit »nicht gut«²⁴.

Die spezifische und nachträgliche Bewertung einzelner Demonstrationen ist nun allerdings etwas anderes als die Bewertung generellen Protests gegen einzelne staatliche Entscheidungen. In unserer eigenen Erhebung ging es uns um die generelle Akzeptanz von Protest. Um sowohl Ambivalenz als auch Meinungslosigkeit zu erfassen, räumten wir — im Gegensatz zur Emnid-Umfrage vom Herbst 1981 — die *spontane* Nennung einschränkender Billigung ebenso als legitime Antwort ein wie Meinungslosigkeit. Protest gegen die Stationierung neuer Raketen fanden im August — also vor Beginn der Blockaden und Herbstdemonstrationen erstaunlich viele gut. Und es sind genauso viele wie kurz danach: 61%. 21% hielten ihn eher für schlecht, 16% konnten sich dazu nicht äußern

oder standen der Sache gleichgültig gegenüber. Rund die Hälfte derer, die Protest billigten, machten spontan Einschränkungen. Dies bedeutet nun nicht etwa, die übrigen Befragten mit globaler Bejahung würden in der Art des Protests keinen Unterschied machen. Es bedeutet, wie *Tabelle 2* belegt, lediglich eine restriktivere Haltung gegenüber verschiedenen Aktionsformen. Unter den Befragten, die den

Protest eher gut finden, billigen danach z.B. 90% die Teilnahme an einer Unterschriftensammlung und 76% die Beteiligung an einer genehmigten Demonstration. Unter denen, die den Protest nur mit Einschränkung gut finden, heißen hingegen nur noch 66% die Teilnahme an einer Unterschriftensammlung gut und 45% die Teilnahme an einer genehmigten Demonstration.

Tabelle 2: Befürwortung unterschiedlicher Aktionsformen nach globaler Beurteilung von Protest (Mehrfachnennungen in Prozent)

	Beurteilung von Protest gegen Raketen				Bevölkerung Total
	Eher gut	Kommt auf Art des Protestes an	Eher schlecht	Weiß nicht, gleichgültig	
Sich an einer Unterschriftenliste beteiligen	90	66	21	24	57
An einer genehmigten Demonstration teilnehmen	76	45	9	13	42
Zufahrtswege zu militärischen Einrichtungen blockieren	34	9	2	3	15
An einer nicht genehmigten Demonstration teilnehmen	22	2	2	2	8
N =	638	609	437	322	2033

Frageformulierungen: »In den kommenden Monaten planen verschiedene Gruppen und Organisationen Protestveranstaltungen gegen die neuen Raketen. Finden Sie es eher gut, daß gegen diese Raketen protestiert wird oder finden Sie das eher schlecht?«

»Um sich gegen die Aufstellung der neuen Raketen bei uns zu wenden, kann man verschiedene Möglichkeiten wählen. Sagen Sie bitte anhand dieser Liste, welche Sie in diesem Falle — allgemein gesehen — voll befürworten, im großen und ganzen befürworten, im großen und ganzen ablehnen oder entschieden ablehnen. Wie ist es mit ...« (Die einzelnen Aktionsformen werden nacheinander vorgelesen und bewertet). Zusammengefaßt aufgeführt sind in der Tabelle »Befürworte voll« und »Befürworte im großen und ganzen«.

Erhebungszeit: 25. 8. – 8. 9. 1983.

Hatten die Blockaden in Mutlangen und Bitburg auf der Ebene der Gesamtbevölkerung keine nennenswerten Veränderungen kurzfristiger Art hervorgerufen, so scheinen die Aktionswochen des Oktober durchaus nachhaltigere Wirkungen gehabt zu haben. Dies mag mit der Größe und Breite des Protests ebenso zu tun haben wie mit der unerwarteten Friedfertigkeit²⁵. Im November/Dezember — nach dem Abschluß der Herbstaktionen — billigten ihn jedenfalls nunmehr 66%. Dies ist zwar kein starker, aber doch auffälliger Anstieg (um 6 Prozentpunkte). Man könnte meinen, er wäre im wesentlichen durch den Rückgang der Meinungslosen bedingt worden: immerhin hat sich hier im beobachteten Zeitraum ein Schrumpfungsprozeß vollzogen, während die prinzipielle Gegnerschaft konstant bleibt. Und ein Übergang von der Meinungslosigkeit zur ambivalenten Billigung von Protest ist nun einmal psychologisch leichter als der Übergang von prinzipieller Ablehnung zur Billigung.

Der Sachverhalt ist indes komplexer als es zunächst scheinen mag. Zum einen ist zu bedenken, daß Billigung des Protests zwar primär von Nachrüstungsgegnern ausgeht, aber auch nennenswerte Teile der Nachrustungsbefürworter ihn gutheißen. Billigung des Protests ist offenbar nicht mit Billigung der Ziele gleichzusetzen. Viele Befragte mögen es lediglich positiv beurteilen, daß Bürger für ihre eigenen Überzeugungen eintreten. Nichts zu tun würde — bei Ablehnung einer Entscheidung — Resignation und Anpassung bedeuten. Es widerspräche geradezu den demokratischen Tugenden. Zum anderen wird die ganze Sache dadurch kompliziert, daß sich innerhalb des betrachteten Zeitraumes — womöglich durch den Abschluß des koreanischen Zivilflugzeuges bedingt — die Zahl der Nachrüstungsgegner verringert hat. An der Grundstimmung ändert sich dadurch allerdings nichts: nach wie vor ist es eine absolute Mehrheit, die sich gegen Raketen ausspricht, und die Zahl der Gegner ist mehr als doppelt so groß wie die Zahl der Befürworter²⁶.

Tabelle 3: Billigung von Protest nach Einstellung zur Nachrüstung und Zeitpunkt der Erhebung (in Prozent)

	Einstellung zur Nachrüstung						Bevölkerung		
	Dafür			Dagegen			Total		
	1	2	3	1	2	3	1	2	3
Eher gut	6	10	7	44	46	49	31	32	30
Kommt auf die Art des Protests an	15	22	36	34	32	35	30	30	36
Eher schlecht	73	61	52	11	13	8	23	20	21
Weiß nicht/Gleichgültig	5	4	5	10	6	6	16	16	11
Keine Angabe	—	1	*	1	2	1	1	2	2
N =	100	100	100	100	100	100	100	100	100
	188	151	277	748	602	573	1109	925	1002

* = Unter 0.5%

Frageformulierungen: In der ersten Erhebung vom 25.8. bis 8.9.83 — also vor den angekündigten Herbstaktionen — heißt es: »In den kommenden Monaten planen verschiedene Gruppen und Organisationen Protestveranstaltungen gegen die neuen Raketen. Finden Sie es eher gut, daß gegen diese Raketen protestiert wird,

oder finden Sie das eher schlecht?« In der zweiten Erhebung vom 24.11. bis 5.12.83 muß die Frage, da der Protest inzwischen stattgefunden hat, in eine funktional äquivalente Formulierung umgewandelt werden. Sie lautet nun: »Gegen die Aufstellung neuer Raketen gibt es Protestveranstaltungen verschiedener Gruppen und Organisationen. Finden Sie es eigentlich eher gut, daß gegen diese Raketen protestiert wird oder finden Sie das eher schlecht?«

Erhebungszeit: (1) zwischen 25.8. und 1.9.83, (2) zwischen 2.9. und 8.9.83, (3) zwischen 24.11. und 5.12.83.

Weil Nachrüstungsgegnerschaft mit Billigung des Protests korreliert und sich die Zahl der Nachrüstungsgegner reduziert hat, müßte auch die Billigung des Protests in der Bevölkerung abnehmen. Das Fehlen dieses Trends verweist auf einen internen Strukturwandel: die *Beziehung* zwischen Nachrüstungsgegnerschaft und Billigung des Protests muß sich — bedingt durch die Befürworter, die Gegner oder beide — gewandelt haben. Wie man der *Tabelle 3* entnehmen kann, hat sich hauptsächlich unter den Befürwortern eine zunehmende Billigung von Protest ausgebreitet.

Während im August zusammen lediglich 21% Protest gutheißen, sind es im September 32% und nach den Aktionswochen 43%. Der Wandel scheint hier, wie die konditionale Bejahung andeutet, von einer generellen Ablehnung zu einer vorsichtigen, restriktiven Akzeptanz einzelner Protestformen hin zu verlaufen.

Unter den Nachrüstungsgegnern fällt der allgemeine Wandel geringer aus: die Billigung des Protests — die hier eher eine *inhaltliche* Stützung repräsentiert — ist lediglich von 78% auf 84% gestiegen. Gestiegen ist primär die nicht-konditionale, umfassendere Bejahung des Protests (»Eher gut«), nicht die konditionale (»Kommt auf die Art des Protests an«). Die Akzeptanz von Protest ist mithin insgesamt zwar schwächer angewachsen als unter den Nachrüstkungsbefürwortern, dafür in der Intensität der Akzeptanz um so stärker. In beiden Gruppen geht der Wandel zu Lasten derer, die Protest generell ablehnen.

Der Anteil der Meinungslosen ist — anders als auf der Ebene der Bevölkerungsgesamtheit — weitgehend konstant. Bleibt als Fazit: der Haupteffekt der Aktionswochen auf die Billi-

gung von Protest scheint, zumindest innerhalb des betrachteten Zeitraumes, ein zunehmendes Verständnis für Nachrüstungsprotest unter den Befürwortern der Nachrüstung zu sein. Sie, die am stärksten an einen gewalttätigen Ausgang der Aktionen geglaubt haben, mußten den Widerspruch zwischen Erwartung und Ausgang am stärksten erfahren.

6. Gewaltprophetien, Ereignisse und die Notwendigkeit kognitiver Neuorientierung

Die Aktionswochen der Friedensbewegung im Herbst 1983 haben zwar zu keinem Einbruch in das Meinungsbild der Bevölkerung geführt, wohl aber hat es einen deutlichen Effekt zugunsten der Friedensbewegung und ihres Protests bei Befürwortern wie Gegnern ergeben. Die überproportionale Betroffenheit der Nachrüstkungsbefürworter zugunsten der Friedensbewegung ist dabei besonders bemerkenswert: im allgemeinen neigen Menschen dazu, neue Informationen selektiv in Einklang mit ihren bisherigen Anschauungen aufzunehmen. Diskrepante Informationen werden abgeschottet, mitunter gar selektiv als Bestätigung der eigenen Überzeugung umgewertet²⁷. Wieso gilt dieses Prinzip hier nun nicht mehr?

Der Grund mag in dem *Widerspruch* zwischen Erwartungen und Realität liegen: wie sehr auch immer man gewillt war, die eigenen Überzeugungen durch noch so singuläre Ereignisse bestätigen zu wollen, man konnte auf keine derartigen Ereignisse zurückgreifen. Am Schluß der Aktionswochen kamen selbst diejenigen Medien, die die Friedensbewegung deutlich ab-

lehnten und die Gewaltfrage in ihrer Berichterstattung kontinuierlich aufgriffen, nicht umhin, die Friedlichkeit des Protests zu bezeugen²⁸. Die massiven Warnungen staatlicher und sonstiger Stellen vor Gewalt bei Nachrüstungsprotesten mußten vor dem Hintergrund der Ereignisse zwangsläufig zu einer Art Bumerang für die Warner werden. Mögen auch einige potentielle Teilnehmer an Demonstrationen dadurch entmutigt worden sein — die langfristigen Wirkungen münden in eine *Aufwertung* der Friedensbewegung. Sie muß um so stärker ausfallen, je erfolgreicher die Gewaltbedrohung vermittelt wurde — um so größer ist dann nämlich auch subjektiv die *Diskrepanz* zwischen Erwartungen und Realität und die Notwendigkeit einer kognitiven Neuorientierung gegenüber der Friedensbewegung anzusehen.

Zu Beginn der Stationierungsphase steht die Friedensbewegung damit in der öffentlichen Meinung etwas besser da als noch in der Zeit davor. Dies könnte ihr — selbst bei nachlassender Gegnerschaft gegenüber der Nachrüstung — eine glaubwürdigere Position in der Bevölkerung und so eine erhöhte Einflußchance einbringen. Inwieweit diese Steigerung der Glaubwürdigkeit auf dem erreichten Niveau stabil bleibt, langfristig sogar noch zunimmt, wird mit vom weiteren Verlauf des Nachrüstungsprotests und dem der Friedensbewegung abhängen.

In diesem Zusammenhang mag wiederum die Erwartungshaltung der Bevölkerung für die Zeit nach Stationierungsbeginn nicht unbedeutend sein. Daß es bei einer Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik zu größeren Demonstrationen und Unruhen kommen würde, glaubten im September/Oktober 1983 80 % der Bundesbürger. Ein Großteil von ihnen vermutete ernsthafte Unruhen, nicht bloß Demonstrationen²⁹. Das Ausbleiben von Unruhen und größeren Demonstrationen nach Stationierungsbeginn ist potentiell eine weitere Entkräftung dieser allge-

meinen Gewaltprophetie. Doch damit dies der Friedensbewegung zugute kommt, bedarf es der sichtbaren Fortsetzung von Aktionen. Das Ausbleiben von Unruhen kann erst dann dem Wirken der Friedensbewegung zugerechnet werden, wenn es *während* ihrer Demonstrationen zu keinen derartigen Ereignissen kommt. Das Unterbleiben von Aktionen wird demgegenüber wohl nicht als Beweis für den friedlichen Charakter der Bewegung, sondern eher als Schwächung des Nachrüstungsprotests und als Resignation ausgelegt werden.

¹ M. Kriele: Die Rechtfertigungsmodelle des Widerstands, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 39/83, S. 23.

² Vgl. dazu S. Barnes, M. Kaase et al.: Political Action. Beverly Hills/London 1979. Dort auch Vergleiche mit anderen Ländern.

³ In diese Richtung wiesen z.B. Trendvergleiche von Umfragen des Sinus-Instituts im Auftrage der Friedrich-Ebert-Stiftung: Sinus: Sicherheitspolitik, Bündnispolitik und Friedensbewegung. München, Oktober 1983.

⁴ Zum Vorwurf der Staatsfeindschaft siehe z.B. den Versuch des Innenministeriums, Fahrpreismäßigungen der Bundesbahn für Angehörige der Friedensbewegung und anreisende Teilnehmer der Bonner Großdemonstration zu verhindern. Man habe kein »Verständnis dafür, wenn Vereinigungen mit verfassungsfeindlichen Zielen durch das Staatsunternehmen Bundesbahn subventioniert würden«, vgl. Frankfurter Rundschau vom 17.9.83, S. 1. Und zum Vorwurf des Irrationalismus vgl. entsprechende Äußerungen von Politikern und Medien z.B. von Heiner Geißler, Süddeutsche Zeitung vom 9.9.83, S. 5. Vom Vorwurf des Irrationalismus hin zum Vorwurf der Borniertheit und geistigen Minderwertigkeit ist es ein kleiner Schritt. Siehe etwa H. Kremps Kommentar zur Krefelder Demonstration der Friedensbewegung: Die Anhänger der Friedensbewegung seien »nicht lernbereit, kaum dialogfähig, eher borniert.« Die Reden und Interviews aus den Reihen der 'Friedensfreunde' hatten ein beklagenswert niedriges Niveau. »Die Bildungskatastrophe entläßt ihre Kinder«, Die Welt vom 27.6.83, S. 1.

⁵ Verwiesen sei im Zusammenhang mit der Nachrüstungsthematik etwa auf Aussprüche von CDU-Politikern, die SPD wäre 5. Kolonne Moskaus; Egon Bahr vertrete »objektiv sowjetische Interessen«. Zur Tradition derartiger Argumentationsmuster vgl. z.B. K.A. Otto: Der Widerstand gegen die Wiederbewaffnung, in: R. Steinweg, Red., Unsere Bundeswehr? Zum 25jährigen Bestehen einer umstrittenen Institution. Frankfurt/M. 1981, S. 52-105.

⁶ Vgl. Institut für Demoskopie: Allensbacher Berichte 27/1980; E. Noelle-Neumann, Are the Germans »collapsing« or »standing firm«?, in: Encounter, Nr. 2, 1982, S. 80.

⁷ Frankfurter Rundschau vom 18.8.83, S. 1.

⁸ Kölner Stadt-Anzeiger vom 16.9.83, Die Welt vom 16.9.83.

- ⁹ Bild am Sonntag vom 18.9.83, S. 72/73. Daß das offizielle und von verschiedenen Medien rezipierte Bild kommunistischer Lenkung mit der Wirklichkeit wenig zu tun hat, darauf verweisen Verfassungsschutzberichte einzelner Bundesländer. In Nordrhein-Westfalen, das rund ein Viertel aller bundesdeutschen Friedensinitiativen umfassen soll, gelten 70 der insgesamt 1100 Friedensinitiativen als kommunistisch beeinflusst. Von einer Unterwanderung — so NRW-Innenminister Herbert Schnoor — kann nicht die Rede sein. Vgl. Der Stern vom 23.6.83, S. 150.
- ¹⁰ So bejahten 1982 z.B. rund 88% der Bundesbürger die Aussage »Jeder Bürger hat das Recht, notfalls für seine Überzeugung auf die Straße zu gehen«, zugleich 78% den Satz »Der Bürger verliert das Recht zu Streiks und Demonstrationen, wenn er damit die öffentliche Ordnung gefährdet«, vgl. Allbus 1982 (ungewichtete Stichprobe): Codebuch. Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, Universität zu Köln, S. 81. Selbst wenn man davon ausgeht, daß — ungeachtet des Inhalts — bei einigen Befragten eine Tendenz besteht, vorgelegte, einseitig formulierte Aussagen wie diese zu bejahen, und selbst wenn man in der zweiten Aussage eine etwas andere Akzentuierung sieht (Störung öffentlicher Ordnung), spricht doch aus diesen Daten einiges für weitverbreitete Ambivalenz gegenüber Demonstrationen.
- ¹¹ Die Tendenz der Medien, in der Berichterstattung über Demonstrationen Gewaltakte überzubetonen, ist sicherlich mit für die z.T. repressive Orientierung gegenüber Demonstrationen verantwortlich. Dabei entspringt diese Tendenz nicht notwendigerweise politischen Orientierungen, sondern Kriterien des am Spektakulären orientierten Journalismus. Eine überproportionale Tendenz zur Rezeption gewalttätiger Ereignisse läßt sich auch in anderen Bereichen — etwa der Kriminalberichterstattung — nachweisen, vgl. K.H. Reuband: Die Polizeipressestelle als Vermittlungsinstanz zwischen Kriminalitätsgeschehen und Kriminalberichterstattung, in: Kriminologisches Journal 3, 1978, S. 174–186.
- ¹² Die Welt vom 23.8.83, S. 2, Die Welt vom 27.5.83, S. 1, ferner Frankfurter Rundschau vom 10.8.83, S. 4.
- ¹³ Emnid-Informationen 11/1981. Zu einem Teil überlappen sich allerdings die Erhebungszeiträume, wie man den Angaben zu den Tabellen entnehmen kann. Wenn sich ein Effekt eingestellt hat, dann wird er unterschätzt.
- ¹⁴ Infas: Einstellungen zur Friedensbewegung. Unveröffentlichte Tabellen, April 1982 (Umfrage für WDR). Die Frage lautete hier: »Welcher der folgenden Aussagen über die Friedensbewegung stimmen Sie am ehesten zu? A. Die Friedensbewegung ist im wesentlichen kommunistisch gelenkt, B. Die Friedensbewegung ist ein Haufen von Idealisten und Spinnern, C. Die Friedensbewegung ist eine Gruppierung ernstzunehmender, friedenswilliger Menschen.« (A-C auf Karten vorgegeben). Problematisch ist hier insbesondere die Antwort B: sie vermischt nicht nur zwei verschiedene, unterschiedlich bewertete Gruppen. Sie ist zudem (»Idealisten«) nicht klar von Kategorie C zu unterscheiden.
- ¹⁵ In der ersten Emnid-Umfrage von 1981 mag die Wahl einer offenen Frage die Meinungslosigkeit auf 30% gebracht haben, in der infas-Umfrage möglicherweise auch die unglückliche Wahl der Antwortkategorien. Offene Fragen erbringen in der Regel eher als geschlossene Fragen mit Antwortkategorie Meinungslosigkeit, und bei komplexen, problematischen Fragen ist diese Kategorie häufig für den Befragten eine Fluchtmöglichkeit.
- ¹⁶ Die Aussage »In der Friedensbewegung bestimmen letztlich die Kommunisten die Richtung« wurde 1981 von 42% der Bevölkerung abgelehnt, 1982 von 52% und 1983 von 59%. Sinus: Sicherheitspolitik, Friedensbewegung. München 1983, S. 60. Auffällig ist die relativ hohe Akzeptanz der Aussage im Vergleich zu unseren zuvor zitierten Umfragen. Der Grund ist wohl primär methodologischer Art: in der Sinus-Umfrage werden Statements vorgegeben, Bejahungstendenzen bei verschiedenen Befragten — ungeachtet der Thematik und inhaltlichen Ausrichtung der Formulierung — verführen in diesem Falle zu einer Überschätzung der Akzeptanz.
- ¹⁷ In der infas-Umfrage werden Gewalttäter gar nicht erst aufgeführt, in der Emnid-Umfrage von 1981 ist aus der Art der Verschlüsselung kein eindeutiger Schluß möglich: Befinden Sie sich unter der Rubrik »Radikale, Extreme«, »Chaoten, Spinner, Faulenzer« oder »Sonstige Nennungen«?
- ¹⁸ Zur Zielsetzung der Organisatoren und den Teilnehmern an der Mutlanger »Prominentenblockade« vgl. Gespräch mit Klaus Vack: »Friedensbewegung, soziale Bewegung, Erfahrungen mit Basisopposition« sowie Ch. Maack: »Marginalien zu Erfahrungen, die Utopia anpeilten — drei Tage Widerstand in Mutlangen«, beide in: Vorgänge, Nr. 64/65, 1983, S. 85–94, 121–126.
- ¹⁹ Unsere erste Erhebung vom 25.8. bis 8.9.83 wurde vom NDR (Panorama) finanziert. Die Replikation geschah auf unsere Anregung. Weitere tabellarische Aufgliederungen dieser neuesten Erhebung vom November/Dezember sind in Emnid-Informationen 11/12–1983 publiziert.
- ²⁰ Für die Bewertung eines Ereignisses sind die Relation von Gewalttätigen und friedlichem Protest und die näheren Umstände der Gewalt entscheidend. Wenn 150–400 Gewalttätige 15 000–30 000 friedlichen Teilnehmern gegenüberstehen, dann ist der Gesamteindruck immer noch der eines überwiegend friedlichen Protests. Wenn der gewalttätige Protest zudem sich an anderen Orten ereignet als der friedliche, kann auch den friedlichen Teilnehmern kein Vorwurf mangelnder Intervention gemacht werden (wie etwa bei Regierungssprecher Boenisch geschehen, der fälschlicherweise beide in der gleichen Menschenmenge ansiedelt; vgl. Die Welt vom 27.6.83, S. 1). Und wichtig ist zudem nicht nur, was geschehen ist, sondern auch, was nicht passiert ist, obwohl es sich leicht hätte ereignen können: das Mittagessen von US-Vizepräsident Bush fand wenige hundert Meter vom Ort des friedlichen Protests statt. Es wäre — bei entsprechender Bereitschaft — für die große Teilnehmerzahl ein leichtes gewesen, hier einzugreifen und die Absperrung der Polizei zu durchbrechen.
- ²¹ Nachrüstungsgegnern eine seriöse Motivation zu unterstellen, schließt eine Beurteilung ihrer Idee als unrealistisch und naiv nicht notwendigerweise aus. Was hier interessiert, ist allein die zugeschriebene Seriosität der Motivation.
- ²² Der Nachrüstungsprotest ist letztlich für die Mehrheit der Beteiligten nichts anderes als eine Bewegung gegen Mittelstreckenraketen mit Nuklearsprengköpfen. Vgl. auch E. Jahn: Aussicht und Sackgassen der neuen Friedensbewegung (I), in: Frankfurter Hefte, 39, Heft 1, 1984, S. 23.
- ²³ Vgl. z.B. Die Welt vom 13.8.83, S. 2.

²⁴ Emnid-Informationen 22/1981. Meinungslosigkeit oder Gleichgültigkeit wurden in diesem Falle als Antwortkategorie nicht vorgesehen. Der Befragte wurde zur Äußerung gedrängt. Die Werte für Bejahung und Ablehnung sind deshalb notwendigerweise leicht inflationiert. Dies ist beim Vergleich mit Umfragen zu bedenken, bei denen Meinungslosigkeit als legitime Antwort gilt. In einer Umfrage des Allensbacher Instituts vom Juni 1982 gaben 51% an, sie fänden die verschiedenen Kundgebungen und Demonstrationen der Friedensbewegung und anderer Gruppierungen z.B. am 10. Juni gut; 24% fanden sie nicht gut, 25% waren unentschieden. Problematisch an der Frage zur Bewertung der Juni-Demonstration ist der zu starke Bezug zum Besuch Ronald Reagans in der Bundesrepublik. Er wird in der Formulierung mehr zum Objekt des Protests als zur eigentlichen Thematik der Nachrüstung (sie wird überhaupt nicht im Text erwähnt). Im Rückblick, so zeigt sich weiterhin in dieser Umfrage, scheint die Demonstration vom Herbst 1981 den größeren Eindruck hinterlassen zu haben — vielleicht, weil sie die erste Großdemonstration gegen die Nachrüstung war. Vgl. zu den Umfragebefunden E. Noelle-Neumann und E. Piel: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978–1983. München 1983, S. 613).

²⁵ Zum Teil mögen die Ereignisse von Anfang September auch einen *latenten* Verstärkereffekt ausgeübt haben; demnach entwickelten die Ereignisse vom Oktober u.a. deshalb eine so große Dynamik im Prozeß der Meinungsbildung, weil sie aufgrund der vorherigen Ereignisse nicht mehr als singulär, sondern als Bestandteil eines Musters begriffen werden mußten.

²⁶ Der Wert in unserer Umfrage liegt bei 57%. Im August/September waren es — bei gleicher Fragekonstellation — noch 66% gewesen. Zum Teil geht dieser Rückgang auf ein andersgeartetes Antwortmuster jener Befragten zurück, die zunächst keine Meinung abgaben und sich erst nach einer Nachfrage äußerten. Es handelt sich mithin um Personen, deren Einstellungen zur Nachrüstung nicht so stark auskristallisiert sind und deshalb stärker Wandlungen unterliegen können. Unter dem Einfluß entsprechender Ereignisse und Aktivierungen kann dies u.U. auch wieder zugunsten der Nachrüstungsgegnerschaft ausfallen. Der einmal eingeschlagene Trend braucht sich nicht fortzusetzen. Läßt man — anders als in unserer Umfrage — Meinungslosigkeit nicht zu, so liegen die Werte im November über 60%, etwa in einer Emnid-Umfrage für die Sendereihe »Thema des Monats« des Westdeutschen Fernsehens (Regionalprogramm des WDR): »Kommen wir nun noch einmal auf die Raketenstationierung zu spre-

chen. Die Demonstrationen und Aktionen der Friedensbewegung sind vorbei. Wie ist jetzt Ihre Haltung zur Stationierung neuer Atomraketen in der Bundesrepublik? Bitte sagen Sie mir das anhand der folgenden Liste.« 62% antworteten daraufhin, sie wären gegen, 37% sie wären für eine Stationierung. Ein direkter Vergleich dieser Frage mit früheren aus anderen Untersuchungen ist wegen unterschiedlicher Methodologie nur bedingt möglich. Zu den Problemen der Fragekonstruktion und einer Übersicht über Umfragen vor den Herbstaktionen siehe K.H. Reuband: Demoskopische Verwirrungen in der Nachrüstungsfrage — was halten die Bundesbürger vom Nachrüstungsbeschluß?, in: Vorgänge, Nr. 66, 1983.

²⁷ Das Prinzip selektiver Informationsaufnahme läßt sich am besten über kognitive Gleichgewichtstheorien erklären. Dazu und Einstellungswandel generell vgl. z.B. R. Brown: Social Psychology. New York-London 1965, R.V. Wagner und J.J. Sherwood, Hg., The study of attitude change. Belmont, 1969. Im vorliegenden Falle ist, bedingt durch sich verschiebende Anteile von Nachrüstungsgegnern, zusätzlich auch ein partieller Wandel durch eine veränderte Zusammensetzung der Nachrüstungsbeurworter möglich. Weil die neu Hinzugekommenen früher den Meinungslosen oder Nachrüstungsgegnern nahestanden, haben sie deren Beurteilung von Friedensbewegung und Nachrüstungsprotest zum Teil möglicherweise mit übernommen.

²⁸ Bezeichnend etwa Bild am Sonntag. Nachdem noch die überwiegend friedlich verlaufenden Blockaden in Bremerhaven aufgrund einzelner Gewaltakte zu einem unfriedlichen Verlauf hochstilisiert wurden (Titel: »Doch Gewalt bei 'Friedensdemonstration'. Sturm auf US-Kaserne«, 19.10.83), wurde nach den Demonstrationen am 22.10.83 die Friedfertigkeit der Aktionen eingestanden, auf der Titelseite auf die Größe des Protests verwiesen.

²⁹ Vgl. E. Noelle-Neumann: The art of putting ambivalent questions, in: Encounter, Dezember 1983, Nr. 4, S. 82. Zusammengekommen erwarten sowohl im Juli als auch August rund 83–84% Unruhen oder Demonstrationen. Daß in der Frage das Ausbleiben von Demonstrationen nicht thematisiert wurde, spielt für das Ergebnis hier keine so große Rolle. Ziemlich identisch fallen nämlich die Antworten auf Fragen aus, die dem einzelnen mehr Freiraum bei der Beantwortung lassen: Auf die Frage, was im Falle einer Stationierung in der Bundesrepublik passieren würde, wählten 80% im September/Oktober 1983 (im Rahmen einer Kartenvorlage): »Es wird zu größeren Demonstrationen und Unruhen kommen«. Vgl. Der Stern, Nr. 43 vom 22.10.83, S. 73.